

Calmer Calwblatt

Nr. 30.

Amts- und Anzeigebblatt für den Oberamtsbezirk Calw.

96. Jahrgang.

Verkaufspreis: 6 mal wöchentlich. Einzelgenpreis: Die kleinste Seite 60 Pf. Resten 2.— M. — Auf Sammelanzeigen kommt ein Zuschlag von 100%. — Inserat. 6.

Montag, den 7. Februar 1921.

Bezugspreis: In der Stadt mit Erwerbsteuern 12.00 M. wöchentlich. Postbezugspreis 12.25 M. mit Bestellgeld. — Schluß der Anzeigenannahme 4 Uhr vormittags.

Die Nachwirkungen der Pariser Konferenz. Gegen die neuen Versklavungsbedingungen.

Hamburg, 6. Febr. Eine Protestkundgebung gegen das Pariser Erdrosselungsabkommen vereinigte heute mittag 50 000 Anhänger aller bürgerlichen Parteien, sowie Mitglieder zahlreicher wirtschaftlicher Organisationen. Von 12 auf Wagen hergestellten Tribünen wurden Ansprachen gehalten. Folgende Entschließung gelangte zur Annahme: Die auf der Ruhrweide in Hamburg versammelten Männer, Frauen und Jugendliche erheben einmütig klammernden Protest gegen den Versklavungsversuch der Feinde. Sie verlangen von der Regierung das unbedingte Festhalten an der Annahme der unersättlichen Forderungen und geloben, was auch kommen mag, in Treue unter der Regierung zu stehen. Sie geloben, lieber als freies Volk denn als Sklavenvolk untergehen zu wollen. — Während der Veranstaltung läuteten die Kirchenglocken im Bereich der ganzen Stadt.

München, 6. Febr. Heute Mittag fand auf dem Odeonplatz vor der Feldherrnhalle eine Protestversammlung gegen die Ententebedingungen statt. Etwa 20 000 Menschen standen dichtgedrängt und lauschten der Ansprache des Obersten v. Engelhardt, der mit den Worten schloß: Lieber sterben, als als Sklave der Entente verderben! Nach Abkündigung des Deutschland-Liedes und der Nacht am Rhein bildeten sich zwei Demonstrationzüge, die zum Hotel Vier Jahreszeiten, dem Quartier der Entente-Kommissionen, sich begaben, wo sie vaterländische Lieder sangen, um sich dann aufzulösen.

Der deutsche Außenminister über seine Haltung zu den Ententeforderungen.

Berlin, 4. Febr. Der „D. Z. am Mittag“ zufolge erklärte Reichsminister Simons in einer Unterredung mit dem Berliner Vertreter der Hearst-Presse, von Wiegand, auf die Frage, ob die Regierung wirklich bei ihrem Nein bleiben werde: Ja kann nur sagen, wenn die deutsche Regierung auch nur ein Zehntel von der Erklärung abweicht, die ich im Reichstag in Ihrem Namen abgegeben habe, daß nämlich die Pariser Beschlüsse für uns unannehmbar sind, so bleibe ich nicht länger im Amt und werde das meine dazu tun, daß mein Nachfolger nur dieselbe Politik betreiben kann, wie ich. Auf die Frage Wiegands, was geschehen würde, wenn die Alliierten Zwangsmassnahmen ergreifen, erklärte Simons: Dann müssen wir eben für einige Zeit leiden und das Leben ertragen.

Berlin, 5. Febr. Der französische Botschafter Laurent suchte, wie wir erfahren, gestern den Außenminister Simons auf und überbrachte ihm im Auftrag des Präsidenten der Potsdamer Konferenz die Einladung zur Londoner Konferenz auf 1. März. Außenminister Dr. Simons hat sich die Antwort vorbehalten.

Einverständnis innerhalb der Reichsregierung.

Berlin, 5. Febr. Amtlich wird mitgeteilt: Unter dem Vorhitz des Reichskanzlers fand heute eine Besprechung der Staats- und Ministerpräsidenten mit dem Reichskabinett über die durch die Note vom 29. v. M. geschaffene politische Lage statt. Der Minister des Auswärtigen gab einleitend eine Übersicht über den Inhalt und die Bedeutung der Ententeforderungen und über die Stellung und die weiteren Absichten des Reichskabinetts. Der Reichswirtschaftsminister ergänzte diese Ausführungen nach der wirtschaftlichen Seite. Der Reichsminister des Innern legte die im Inland zu ergreifenden Maßnahmen dar. Sämtliche Anwesenden erklärten ihr grundsätzliches Einverständnis mit der Stellungnahme des Reichskabinetts, wie sich diese aus der Reichstagsrede des Ministers des Auswärtigen vom 1. d. M. ergibt.

Der Seydoux'sche Plan.

Paris, 5. Febr. In einer offenbar beeinflussten Note, die der „Temps“ und das „Journal des Debats“ fast gleichlautend veröffentlichten, wird gesagt, die deutsche Regierung versuche, sich dem in Paris von der Konferenz angenommenen System, dem Plan Seydoux, wie sie es nenne, entgegenzustellen, um eine Zweipartigkeit hervorzurufen. Die Brüsseler Sachverständigen hätten in ihrem Bericht zum Ausdruck gebracht, daß ein großes Interesse bestehe, Deutschland so bald wie möglich den Beitrag seiner Schuld mitzutellen, daß aber angesichts des politischen Charakters lediglich Ministerdirektor Seydoux von seinen Kollegen beauftragt worden war, der deutschen Delegation die gemeinsam ausgearbeiteten Vorschläge zu unterbreiten, und man ihnen so seinen Namen gegeben habe. Der „Temps“ teilt hierzu noch mit, das Brüsseler Projekt sei wegen der Vorschläge der deutschen Regierung, die so weit gegangen seien, die Frage von Oberschlesien aufzuwerfen, gescheitert.

Anmerkung des W.T.B.: Nicht die deutsche Regierung hat sich dem Plan Seydoux entgegengestellt, sondern die Alliierten haben durch die Annahme eines neuen Reparationsabkommens

den Plan Seydoux, den zu diskutieren sich Deutschland bereit erklärt hatte, ohne weiteres beigestimmt. Die Behauptung des „Temps“, daß das Seydouxprojekt inolge der von Deutschland ausgeworfenen Vorfragen gescheitert sei, ist nur ein Verlegenheitsmondbrot.

Unerschämtheiten des englischen Ministerpräsidenten.

London, 5. Febr. Keiner meidet: Lloyd George jagte in einer Rede in Birmingham, die von den Alliierten Deutschland vorgelegte Rechnung sei nach Methode des Morderebens Deutschlands aufgestellt worden. Wenn es Deutschland nicht gut gehe, so könne es nicht zahlen. Minister Simons, ein ehrenhafter und aufrichtiger Staatsmann, habe ihm gesagt, er beabsichtige, die Verpflichtungen soweit als möglich auszuführen, habe aber bedauert, daß Deutschland nicht die vollständige Rechnung erhalten habe. Diese sei zur Vorlage bereit. Lloyd George rief Deutschland, die Rechnung anzunehmen und sich nicht durch die Leidenschaft dazu verführen zu lassen, die Torheiten von 1914 zu wiederholen. Simons habe das Recht, Gegenwortsätze vorzulegen. Wenn dies aber einen bloßen Versuch darstelle, der Zahlung aus dem Wege zu gehen, so würden die Alliierten es nicht dulden.

Paris, 6. Febr. Havas meldet aus London: Lloyd George sagte gestern in einer zweiten Rede in Birmingham, der englische Handel befinde sich augenblicklich in einem Zustand des Niedergangs. Aber Großbritannien werde diese Periode überstehen. England habe mit unvermeidlichen Schwierigkeiten zu tun, wie sie immer großen Kriegen folgten. Ein Regierungswechsel würde die Lage nicht ändern. Der Niedergang des Handels habe sich mit erschreckender Pflüchlichkeit gezeigt. Alle Völker der Welt litten darunter. Der Wechselkurs, der fortgesetzt Schwankungen unterworfen sei, müsse stabilisiert werden. Deutschland mache keine Anstrengungen, um zu einer derartigen Stabilisierung zu gelangen. Deutschland sei eine starke und mächtige Nation; es müsse bezahlen. Wenn Reichsminister Simons demnächst in London sein werde, werde er ihm sagen, daß Deutschland keine wirklichen Anstrengungen mache, um zu bezahlen. England habe schlimmere Stunden durchgemacht und sei ihrer Herr geworden. Es werde den gegenwärtigen Schwierigkeiten mit derselben Tapferkeit entgegenzutreten. — Nach einer weiteren Havasmeldung sagte Lloyd George, die deutsche Mark stehe ein wenig tiefer als es sein dürfe. Wenn erst die Entschädigungssumme festgelegt sei, werde die deutsche Mark etwas weniger schlechter stehen.

Außerungen der französischen Presse.

Paris, 6. Febr. Die Rede Lloyd Georges in Birmingham bezeichnet „Petit Parisien“ als die beste Antwort, die man von den englischen Freunden auf die Erklärung Dr. Simons habe erwarten können. Wenn die Berliner Regierung erklärt hätte, die Bedingungen des Pariser Abkommens schienen zu hart, sie werde den Versuch machen, sie in London zu mildern, hätte niemand daran Anstoß genommen. Man müsse sich aber wirklich fragen, ob die Kasse, die für den Angriff von 1914 verantwortlich sei, nicht durch den Mund des deutschen Außenministers gesprochen habe, als er erklärte, er nehme nicht nur das Pariser Abkommen nicht an, sondern betrachte es auch nicht als Verhandlungsbasis. An diese Kasse der preussischen Junker hätten sich ganz besonders die Drohungen des englischen Premierministers gerichtet. — Berlinag erklärt im „Echo de Paris“, Lloyd George habe ohne Mühe die Mäßigung und Ruhe der Alliierten hervorheben können, er bemängelt aber, daß die von den Deutschen angeführten Gegenwortsätze in Betracht gezogen werden sollen, wenn sie vernünftig seien. Nach französischer Auffassung sei Lloyd George zu einer derartigen Erklärung nicht berechtigt. Die Londoner Konferenz dürfe keine Revisionskonferenz sein. Vergesse man das, dann würde man die Entente Cordiale der schwersten Prüfung aussetzen, die sie bis jetzt zu bestehen gehabt habe.

Paris, 7. Febr. Der „Temps“ sagt in seinem gestrigen Leitartikel, der englische Premierminister habe sich folgende Behauptungsmassregeln gesagt: Die deutschen Gegenwortsätze können von der Londoner Konferenz geprüft werden, wenn sie den Gläubigern Deutschlands mindestens die gleichen Vorteile sichern wie die, die das Abkommen vom 29. März festsetzte. — Das „Journal des Debats“ schreibt: Bis zur Londoner Konferenz muß die französische Regierung unter Bezugnahme auf die Argumente, welche der englische Ministerpräsident in Birmingham ausgesprochen hat, sich entweder ein Vorzugsrecht auf die Exporttage oder die Mobilisierung eines Teils der deutschen Jahreszahlungen sicher stellen, damit Frankreich den schweren Ausgaben Genüge leisten kann, die es zu erdrücken drohen.

Französischer Aufruf an Amerika.

Paris, 6. Febr. Briand richtete heute Vormittag durch die „Chicago Tribune“ an das amerikanische Volk einen Aufruf zur Unterstützung der Reparationsfrage. Frankreich werde sich nicht verbiegen an das Solidaritätsgefühl Amerikas wenden. Die Einigkeit aller Nationen, die auf den Schlachtfeldern für die Sache der Freiheit (1) gekämpft hätten, sei unerlässlich für die Lösung der wirtschaftlichen Probleme, denen man jetzt gegenübersteht. In Frankreich sei man der amerikanischen Freundschaft sicher, die sich im Laufe der Jahrhunderte bewährt habe. Die beiden Regierungen würden sicher von der öffentlichen Meinung in beiden Ländern unterstützt werden.

Die ungeheuren Belastungen Deutschlands durch die Entente-Kommissionen.

Berlin, 4. Febr. In der heutigen Sitzung des Hauptausschusses des Reichstags erklärte Geh. Oberbaudirektor Dr. Ing. Erdmann vom Reichsvorlehramtsministerium, in dem Betrag für Wasserstraßen-Vorarbeiten seien 250 000 Mark für die Entwürfe einer Verbindung der Weser mit dem Main und zwar über die Werra und Fulda enthalten. Dieser Geldbeitrag bildet zwei Fünftel des Gesamtbetrags; die übrigen drei Fünftel würden von dem Lande Preußen und dem Werra-Kanal-Verein aufgebracht. Das Vorarbeitenamt sei bereits in Eigenach eingerichtet. — Der Hauptausschuß bewilligte eine Milliarde Mark für unterstützende und produktive Erwerbsloshilfe. Angenommen wurde ferner ein allseitig unterstützter Antrag, zur Förderung des Wohnungsbaus an die Länder Vorzuschüsse in Höhe von 1½ Milliarden Mark zu geben. Neben dem Nachtragsetat des Reichsarbeitsministeriums wurden vom Hauptausschuß auch mehrere Ergänzungsetats angenommen. Bei Besprechung des Haushalts zur Ausführung des Friedensvertrags unterstützte Abg. Dr. Reichert (D. N.), daß allein die Kosten für die Rheinlandskommission 115 Millionen Mark betragen. Man könne sich hieraus ein Bild machen, wie viel die sonstigen zahlreichen Entente-Kommissionen Kosten verursachen. Für die Rheinlandskommission seien ursprünglich vier Delegationen vorgesehen gewesen, die unter Bruch des Abkommens auf mehr als die doppelte Zahl erhöht worden seien. Danach koste also ein Delegierter mit seinem Stab dem Reich rund 11 Millionen Mark. — Staatssekretär Dr. Schröder vom Reichsfinanzministerium antwortete, die Kosten entstünden besonders dadurch, daß eine ganze Reihe von Delegationen über das ganze Rheinland zerstreut sei. Von der Reichsregierung sei gegen die Einrichtung zahlreicher Delegationen protestiert worden. — Vom Reichsministerium des Innern wurde mitgeteilt: Ueber die Absichten des Reichs auf Herbeiführung eines gleichmäßigen Schuljahresbeginns sind unrichtige Nachrichten verbreitet. Im Reichsschulenausschuß haben unter Leitung des Reichsministeriums des Innern Verhandlungen stattgefunden. Dabei haben sich die Vertreter sämtlicher Landesverwaltungen für den Frühjahrsbeginn entschieden. Nur die bayerische Regierung hat dagegen Bedenken geltend gemacht, sie aber angesichts der Haltung der übrigen Länder und der von ihnen dargelegten Vorteile des Frühjahrsbeginns erneut zu prüfen in Aussicht gestellt. Es ist nicht anzunehmen, daß infolge einer etwaigen Nichtbeteiligung Bayerns an der geplanten Vereinbarung die übrigen Länder ihrerseits den Vorteil eines gemeinsamen Schuljahres, und zwar im Frühjahr aufgeben werden.

Zur auswärtigen Lage.

Das französisch-polnische Bündnis gegen Deutschland.

Paris, 6. Febr. Gestern Abend ist im Namen der französischen und der polnischen Regierung vor der Abreise Pilsudskis folgende gemeinsame Erklärung durch Havas verbreitet worden: Die Regierungen von Frankreich und Polen haben, gleichmäßig besorgt um ihre eigene Sicherheit und um den Frieden von Europa, abermals die Gemeinsamkeit der Interessen, wie sie beide Länder vereinen, anerkannt. Sie sind übereingekommen, ihren Willen kundzugeben, ihre Anstrengungen zu vereinen und zu diesem Zweck für die Verteidigung ihrer höheren Interessen in enger Fühlung zueinander zu bleiben.

Die deutsch-französischen

Rohlenaustauschverhandlungen gescheitert.

Berlin, 7. Febr. Wie mehrere Blätter melden, sind die diesjährige Lage zwischen Vertretern der französischen und der deutschen Regierung wegen Lieferung von Saarohle nach Süddeutschland gegen Austausch von Ruhrkohle in Berlin geführten Verhandlungen ergebnislos verlaufen. — Es handelte sich darum, für Süddeutschland aus Gründen der besseren Transportverhältnisse Saarohle zu erhalten.

alle derzeugete
die
erstoffe
nt
ie
ualität
hlingen.

Februar, steht
higer
ucht-
ren,
nte
iere

n Verkauf.
Horb a. N.
Zu verkaufen:
rken, 2rädigen
Wagen,
Flaschenzug
mit Zubehör,
Hebgeschirr,
Handdrumme.

w, Badstraße 357,
Erdgeschloß.
önnen Anzug
in Paar
Stiefel
onfirmanten, sind zu
sen.
ntere Brücke 196.
Liebenzell.
kaufe 8-10 Zentner
angebrachtes

Heu.
enrich Holzäpfel,
Weißerstraße 43.

Erneuerung des deutsch-tschechischen Kohlenvertrags.

Berlin, 5. Febr. Der neue Kohlenvertrag mit der Tschechoslowakei ist heute vormittag unterzeichnet worden. Das alte Abkommen hatte am 31. Dezember sein Ende erreicht und war zunächst provisorisch bis Ende Februar verlängert worden. Die neuen Bestimmungen, die zunächst bis 31. Mai ds. Js. gelten, sind auf der Grundlage der alten Vertragsbestimmungen geschlossen worden. Deutschland liefert monatlich 110 000 Tonnen Kohlen an die Tschechoslowakei und erhält dafür 220 000 Tonnen böhmische Braunkohle.

Eine Rede des ungarischen Außenministers.

Budapest, 4. Febr. In der heutigen Sitzung der Nationalversammlung verlas Außenminister Dr. Gray in seinem Exposé auf seine bereits gegebenen Erklärungen bezüglich der Richtlinien seiner Außenpolitik, die auf der Annahme der durch den Frieden von Trianon geschaffenen Lage beruhen. Das englisch-französische Bündnis sei ein Faktor, mit dem außenpolitisch alle Länder zu rechnen hätten. Ungarn hoffe, daß es sich durch die großen Opfer des Friedens von Trianon das Wohlwollen der Westmächte gesichert habe und daß die Entente einsehen werde, daß die Unterstützung legitimer ungarischer Bestrebungen auch im Interesse des europäischen Friedens liege. Ebenso großes Gewicht werde auf ein freundschaftliches Verhältnis mit Italien gelegt. Er hoffe, daß die gegen Ungarn gelehrte Spitze des Vertrags von Rapallo ein vorübergehender Zwischenfall bleibe. Der Redner wies sodann die Einmischung Frankreichs in die Souveränität der staatlichen Unabhängigkeit Ungarns scharf zurück. Die Königsfrage sei eine ausschließliche innere Angelegenheit Ungarns, bei der kein auswärtiger Staat befragt würde. Ungarn sei geneigt, sich mit der Tschechoslowakei über wirtschaftliche Fragen zu einigen, jedoch sei erste Vorbedingung die lokale Interpretierung der Minoritätenrechte. Der Minister befaßte sich sodann eingehend mit dem Vorgehen der jugoslawischen Regierung in Bees Paros, das er als eine Verhöhnung der politischen Moral bezeichnete, gegen die er an die europäische Öffentlichkeit appellierte. Die ungarische Regierung werde nicht ruhen, bis Jugoslawien die unrichtig behaupteten Gebiete geräumt haben würde. Schließlich verlas der Minister eine Note der ungarischen Regierung an die Wirtschaftskonferenz über die westungarische Frage und die darauf erfolgte Antwort der Entente und erklärte die ungarische Regierung wolle durch ihre Note feststellen, daß sie die durch den Frieden von Trianon bestimmten Grenzen nicht als endgültig betrachte, solange die Ungerechtigkeiten des Friedensvertrags nicht im Sinne des Begleitbriefs überprüft seien, ferner, daß sie die westungarische Frage in unmittelbaren Verhandlungen mit der französischen Regierung zu erledigen wünsche. Der Minister stellte mit Genugtuung fest, daß die Entente die ungarischen Standpunkte vollinhaltlich annahm und schloß mit dem Ausdruck des Vertrauens an Ungarns Beharrlichkeit.

Die Forderungen der türkischen Nationalisten an die Entente.

Paris, 7. Febr. Nach einer Temps-Meldung aus Konstantinopel ist Mustafa Kemal Pascha die Bedingungen, die er hinsichtlich der Londoner Konferenz in Konstantinopel stellen will, wie folgt formuliert: Der Sultan wird ein Trade veröffentlichen, durch das die Regierung von Angora als die einzige türkische Regierung anerkannt wird. Der Sultan wird in Konstantinopel verbleiben, die Regierung provisorisch in Angora. Das Konstantinopeler Kabinett wird aufgelöst und durch einen besonderen Ausschuss, der von Angora akkreditiert wird, ersetzt. Angora garantiert die Zahlung der Apanage des Sultans und der kaiserlichen Familie, sowie die Gehälter der Beamten. Diese Bedingungen seien vom Sultan und der Regierung von Konstantinopel für unannehmbar gehalten worden. Die Verhandlungen dauerten an.

Konstantinopel, 5. Febr. Kemal Pascha soll sich weigern, dem Verlangen der französischen Regierung nachzukommen, seine französischen Gefangenen herauszugeben, solange nicht die französische Regierung ihm dafür Sicherheit biete, daß die türkische Schifffahrt auf dem Schwarzen Meer unbehindert bleibe.

Ausland.

Die Umbildung des griechischen Kabinetts.

Paris, 7. Febr. Nach einer Havas-Meldung aus Athen ist das Kabinett Kalogeropoulos mit den ehemaligen Mitgliedern des Ministeriums außer Kallis, gebildet worden. Das Ministerium setzt sich nur aus Mitgliedern der Partei Sunaris zusammen. Der Ministerpräsident soll das Portefeuille des Auswärtigen übernehmen.

Finnische Staatsanleihe in Schweden.

Stockholm, 6. Febr. Gestern wurde zwischen dem finnischen Finanzminister und einer Gruppe schwedischer Banken ein Übereinkommen über eine finnische Staatsanleihe von 100 Millionen Mark unterzeichnet.

Volkswirtschaftliche Propaganda in Frankreich?

Paris, 6. Febr. Der Generalsekretär der „Humanité“, Dunois, sowie der Syndikalistenführer Grefelhuus werden beschuldigt, Gelder aus Moskau empfangen zu haben, um volkswirtschaftliche Propaganda in Frankreich zu betreiben. Dunois wurde verhaftet, Grefelhuus einseitig in Freiheit gelassen.

Brangelsoldaten in der französischen Fremdenlegion.

Paris, 6. Febr. „Humanité“ meldet, daß 13 000 Soldaten der Armee Brangels in die Fremdenlegion eingetreten seien und verlangt darüber Aufklärung von Briand.

Die verschleierte Dienstpflicht in Amerika.

Paris, 6. Febr. Havas erzählt aus Washington, daß der Präsident des Heeresauschusses des Repräsentantenhauses erklärt habe, Harding sei dafür, jährlich 150 000 Freiwillige aufzurufen, die eine militärische Ausbildung erhalten sollen. Der Präsident der Kommission bemühte sich zu verhindern, daß das aktive Heer weniger als 175 000 Mann zähle.

Ämtliche Bekanntmachungen.

Wahl der Gemeinderichter.

Die Gemeindefürsorge wird an die rechtzeitige Vornahme der Neuwahlen derjenigen öffentlichen Bediensteten, deren Wahlperiode am 31. März ds. Js. zu Ende geht, erlärnt.

Hierbei ist besonders folgendes zu beachten:

1. Die Gewählten sind vor oder beim Amtsantritt gemäß Art. 98 der G.D. und § 84 Abs. 2 der Volkz.-Verf. hierzu in der Fassung der Verfügung des Ministeriums des Innern vom 20. Dezember 1919 (Reg.-Bl. S. 423) durch den Ortsvorsteher zu verpflichten oder auf die früher erfolgte Verpflichtung hinzuweisen. Ueber die Verpflichtung ist eine Niederschrift anzunehmen, die von dem Verpflichteten zu unterzeichnen ist.

2. Wenn ein neuer Bediensteter gewählt wird, hat eine förmliche Amtübergabe unter genauer Beachtung der Bestimmungen in § 87 Abs. 1 der Volkz.-Verf. z. G.D. stattzufinden.

3. Nach vollzogener Verpflichtung sind Namen und Beruf der Gewählten unter Angabe des Geburtsortes dem Oberamt anzuzeigen.

4. Die Anstellungsverhältnisse sind nach einem vom Gemeindevorstand aufzustellenden Dienstvertrag zu regeln (Art. 103 der G.D.).

Der Betrieb des Wirtschaftswerkes, sowie des Flaschenbierhandels ist den Gemeindefürsorgern unterstellt (Art. 100 Abs. 3 der G.D.).

5. Die Höhe der Sicherheitsleistung ist vom Gemeindevorstand einer Nachprüfung zu unterziehen. Für die Festsetzung kommen die §§ 96 und 97 der Volkz.-Verf. z. G.D. in Betracht.

Sobald eine veränderte Festsetzung vorgenommen wird unterliegt solche der Genehmigung des Bezirksrats. In diesem Falle ist bis spätestens 1. April ds. Js. Vorlage zu machen.

Calw, 3. Februar 1921.

Oberamt: G. S.

Deutschland.

Reichstag.

Berlin, 4. Febr. Im Reichstag gab es heute zunächst kleine Anfragen, worauf unter Ablehnung eines weitergehenden Antrags der Unabhängigen ein Antrag der Mehrheitsparteien auf Erhöhung der Steuerzulage für Kleinrentner angenommen wurde. Darauf beriet das Haus in längerer Aussprache eine Interpellation der Mehrheitsparteien (D. d. P., D. V. P. und Ztr.), die eine Förderung und Unterstützung des Handwerks, Kleinhandels und Kleingewerbes bezweckt und von der Regierung eine Keuschung darüber verlangt, ob sie zur Hebung der Schwierigkeiten in der Rohstoffversorgung die Pflichtzugehörigkeit zur Organisation des Handwerks im Sinne der Selbstverwaltungskörper in Erwägung ziehen will. Diese Selbstverwaltungskörper sollen in erster Linie den Bezug und die Verteilung von Rohstoffen für das Handwerk im Sinne der Auszahlung überflüssiger Zwischengewinne, Reichswirtschaftsminister Scholz betonte, die Hilfsfrage für das Handwerk werde durch die Haltung der Entente in der Kohlenfrage erschwert. Auf dem Wege der Selbsthilfe könne dem Handwerk nur durch gemeinschaftlichen Zusammenstoß geholfen werden. Seit 1913 hätten sich die Genossenschaften verdoppelt. Nur durch Qualitätsarbeit sei ein Emporkommen möglich. Bezüglich der Organisationsfrage des Handwerks würden die Verhandlungen mit dem Reichskommissar bis zum März abgeschlossen werden. Die Regierung erkenne den Wert des Handwerks in unserer Volkswirtschaft an und erwarte noch viel von einer zielbewussten Erziehung des Handwerks. An der darauf folgenden Besprechung der Interpellation, während deren sich das Haus immer mehr leerte, so daß schließlich nur noch 20 Abgeordnete anwesend waren, beteiligten sich alle Parteien von den Deutschen Nationalen bis zu den Unabhängigen. Von den bürgerlichen Parteien wurde die Bedeutung des Handwerks für unser Wirtschaftsleben hervorgehoben, auf den durch die Frage der Sozialfiskierung auf dem Handwerk lastenden Druck hingewiesen und Berücksichtigung des Kleinhandwerks durch den Staat verlangt. Auch die Mehrheitsparteien betonten, daß sie keine Feinde des Handwerks seien. Nach debattierender Erledigung zahlreicher Petitionen vertagte sich das Haus auf Mittwoch, den 23. Februar, nachmittags 3 Uhr. Auf der Tagesordnung steht die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern und des Arbeitsministeriums.

Der Reichspräsident erkrankt.

Berlin, 6. Febr. Die Morgenblätter melden: Reichspräsident Ebert ist an Grippe erkrankt. Die für die nächsten Tage bei ihm anberaumten Empfänge sind daher abgelagert worden.

Vom parlamentarischen Untersuchungsausschuss.

Berlin, 4. Febr. Der erste Unterausschuss des parlamentarischen Untersuchungsausschusses, der mit der Aufklärung der Vorgänge, die zum Ausbruch des Weltkrieges geführt haben, beauftragt ist, hat sich in einer Reihe von Sitzungen mit den militärischen Kräfteverhältnissen, wie sie vor Beginn der großen europäischen Krise bestanden haben, beschäftigt. Es sind ausführliche Gutachten erstattet worden, im besonderen auch von Graf Montgelas. Ueber die Frage der militärischen Kräfteverhältnisse hat der Ausschuss auf Grund der erstatteten Gutachten eine Entschlieung gefaßt, in der es u. a. heißt: Der Ausschuss hat auf Grund eingehender Prüfung der militärischen Kräfteverhältnisse in Europa im Jahre 1914, wobei er auch die operativen Möglichkeiten berücksichtigte, festgestellt, daß die verbündeten Mächte Rußland und Frankreich den Mittelmächten mit militärischer Überlegenheit gegenüberstanden.

Der Reichsernährungsminister über die Zwangswirtschaft.

Berlin, 7. Febr. Wie die Blätter melden, erklärte der Reichsminister Hermes gestern in einer Rede in der Hamburger

Handelstammer, daß die freie Wirtschaft das unvermeidbare Ziel seiner Politik sei. Grundsätzlich müsse er den Plan eines Einfuhrmonopols ablehnen. An einen Abbau der Zwangswirtschaft sei zur Zeit nicht zu denken.

Ein hübsches Mißgeschick.

Berlin, 6. Febr. Nach dem „Berl. Lokalanzeiger“ haben polnische Banditen, die auf der Chaussee bei Schönholz in Oberhessen einem aus Gleiwitz erwarteten Automobil mit heimatischen Oberhessern auflauerten, Handgranaten auf den vorbeifahrenden Kraftwagen geworfen, in dem sich der französische Kreiskontrolleur befand. Die französischen Insassen erlitten zum Teil schwere Verletzungen.

Bermischtes.

In der Fremdenlegion.

Werber für die Fremdenlegion durchziehen das Land. Immer wieder gibt es tödliche junge Leute, die ihren Vordungen verfallen und sich der Legion verschreiben. Wie es dort zugeht und wie menschenunwürdig die Behandlung ist, entnehmen wir einem Briefe, den ein Württemberger dieser Tage in die Heimat sandte. Der Brief lautet:

Mein lieber Vater! Du wirst sehr erstaunt sein, eine Mitteilung aus Afrika zu erhalten. Es ist ja auch gute Zeit her, daß wir zum letztenmal von einander gehört haben, und am allerwenigsten wirst du daran denken, einen Bekannten in der berüchtigten Legion étrangère zu wissen. Gewisse Umstände haben mich gezwungen, diesen letzten und gewagten Verzweilungsschritt zu tun. Allerdings, mein Vater ist viel mißbillig darüber. Aber es ist mal so. Ich bin jetzt 3 Monate Legionär und habe mich für 5 volle Jahre verpflichtet. Ich kann Dir nur sagen, was in Deinen Kräfte steht, sehe alles daran, junge Leute vor der Fremdenlegion zu warnen. Nicht, daß wir hier strenger erzögert werden müssen als daheim, der Dienst hier ist eine ziellose Spielerei. Aber die Behandlung! Trodem wir mindestens 60 Prozent Deutsche sind, also weit in der Ueberzahl, werden wir getreten und gestochen, schlimmer als ein Stück Vieh. Bei einer blutig geschlagen wird, gehört zur Tagesordnung. Mit einem Fusse steht man dauernd im Prisen. Aber eines darf ich getrost schreiben: wenn in Deutschland eine derartig patriotische Stimmung herrschte, wie bei uns, brauchten wir um unsere Hoffnungen nicht bange zu sein. Trodem auf das Abhängen vaterländischer Lieder 15 Tage Gefängnis stehen, fangen wir täglich, wenn nur möglich, unsere alten deutschen Lieder. Gegenwärtig sind wir in einer Station, ungefähr 100 Kilometer nördlich der Sahara. Was die Temperatur anbelangt, so genügt es, Dir zu schreiben, daß wir am Weihnachtseiertag im Freien gehandelt haben, daß wir aber während der Nacht oft ganz schrecklich frieren. Wir erhalten die letzte Ausbildung für den Frontdienst in Marokko. Engagiert wurde ich in Megh, nachdem ich über Luwigshafen und Saarbrücken von den Werbern dorthin gebracht wurde. Megh, das Schandbait in der französischen Geschichte, von dir berichtet nur, daß dort einem meiner Kameraden von einem Offizier die Eingeweide hüßlich aus dem Leibe getreten wurden. Armer betörter junger Deutscher! Vergessen wird die dort zugebrachten Tage wohl teuer. — Der Briefschreiber schildert dann noch seine Fahrt durch Frankreich, über das Mittelmeer und den Marjch durch die Nordküste Afrikas und bittet um deutsche Bücher und Zeitungen.

Drachtlose Musikübertragung.

In Verbindung mit den seit einigen Monaten auf Anordnung des Reichspostministeriums von der Hauptfunkstelle Königs Wusterhausen mit Erfolg ausgeführten Funktelephonieveruchen ist vor kurzem ein Instrumentalkonzert drahtlos übermittel worden.

Die über das Ergebnis dieser Musikübertragung vorliegenden Meldungen lauten größtenteils günstig und lassen die großen Fortschritte erkennen, die in letzter Zeit auf dem Sondergebiet der drahtlosen Lautübertragung gemacht worden sind. Einige Empfangsstellen berichten, daß die Lautstärke der tiefen Töne geringer war als diejenige der hohen Töne. Eine 100 Kilometer entfernte Aufnahmestelle hebt hervor, das Konzert sei so deutlich hörbar gewesen, daß man sich an der Stelle des Ursprungs zu befinden glaube. Außer von den Empfangsstellen im Reich ist das Konzert auch in Luxemburg, Holland, Ungarn und England mitgehört worden. Von allen, selbst von einer 1000 Kilometer entfernt liegenden englischen Funkstelle wird die Klarheit und die große Lautstärke der Uebermittlung hervorgehoben.

Die Ueberzüge haben gezeigt, daß sich bei sorgfältiger Ausnutzung der gewonnenen Erfahrungen die technischen Voraussetzungen für die praktische Verwertung einer drahtlosen Musikübertragung werden erfüllen lassen. Abgesehen von dem Fortschritt jeder Drahtleitung nach den Empfangsstellen würde für eine solche Verwertung der in der Zirkularwirkung dieser Uebermittlungsart beruhende unübertroffene Vorteil sprechen, indem eine Musikführung gleichzeitig an beliebig viele Empfangsstellen übertragen werden kann. Hierdurch, ferner durch den Wegfall einer besonderen Sendetätigkeit und durch die Möglichkeit der Wiedergabe mit verhältnismäßig einfachen Aufnahmegeräten läßt sich die drahtlose Uebermittlung von Opern, großen Konzerten usw. an weit entfernte Stellen auf dem Lande und an Schiffe, wenn einmal die technischen Aufgaben völlig gelöst worden sind, mit ziemlich geringem Kostenaufwand durchführen.

Reklameteil.

Die moderne Zahnkultur empfiehlt ständigen Gebrauch von Zahnwoll.

Aus S.

Nach einem Konflikt Sonntag, den 3. April, der Konfirmanden-Verein Deutscher Traveria

Als nationaler Trauer ist der erste Sonntag im März, in Aussicht gegeben sind mit diesem sozialistische Partei in Richtung eines nationalen zurzeit noch einige Bedenken Tages. Die unabhängigen einen nationalen

Mieterei.

Man schreibt uns: Der Mieterverein in großen Saal des „Badi“ ab, in welcher Bericht Eplingen erstattet wurde. Die Frage der Mietjense ausgabe von Darlehen Mietbestimmungsrecht der einigungsämter eingehend nungsrationalisierung und daß die Stadt Eplingen ragendes leistet, an 30 000 M. für 3 4-Zimmerwohnungen 45 hiesigen Mietpreise mit die hiesigen Mietpreise (also weitaus für die hehlich höhere sind. Mietentgelt wird der Friedensmiete (Juli 1919) nur insofern erfolgte Zinsanhebungsstellen tarungsstellen wurden zu 30% festgesetzt (Klasse D) werde:

Hierauf wurde ein Tätigkeit des Mietervereins für viele Hausbesitzer quelle sei, so sei dem g alle Mieter Witwen u. Beschulden keine daran verdienen doch in erste die ohne ihr. Zudem Grund- und Hausbesitz ein Beruf oder Gewerbotopfer auf das in der Rücksicht genommen worden (bei den Mietpreisen) die meisten Häuser vorer Den Vertretern des sowie dem Mietentgelt gegengebracht. In feine noch energisch für ein g Haus- und Grundbesitz beiden Vereine existierende ständnis und Besonnen einander zum Wohle der Versammlung anwesend

Isabell

Kaiser Karl des

Historische Erzählung. „Oh,“ sprach Braka, ein Braut in launwarme Minuten eine Tasse, so „Schnell, schnell,“ sprac Braka, währenddessen die Sofa legte, mit Decken Zeit zu Zeit eine Tasse Kinder zu bekommen pf ihn, endlich erleichterte Weines, womit die Ehschluchzend und stöhnend sein, den ich im anderen zu finden, er könnte mit tanen zu ihm, da er mich doch die Türe auf,“ fu Die Türe ist verschlossen eingezogen.“ „Der G Kleine, wie er war, au nicht halten, sondern san ist hier, und ich kann ich sprechen, ich verläume n Der Wärmehüter rollte weinte bitterlich und ja wegs gesehen. Braka er sprach, alle Sorgfalt an Frau Netken zu ge... als Arzt kommen zu laß

Aus Stadt und Land.

Calw, den 7. Februar 1921.

Konfirmation.

Nach einem Konfirmandenlehrlauf ist heuer im ganzen Land am Sonntag, den 3. April, die Konfirmation. Am 10. April findet Konfirmanden-Abendmahl statt.

Deutscher Trauertag für die im Weltkrieg Gefallenen.

Als nationaler Trauertag für die im Weltkrieg Gefallenen ist der erste Sonntag im März, in diesem Jahre also der 6. März, in Aussicht genommen. Sämtliche bürgerlichen Parteien sind mit diesem Vorschlag einverstanden. Die mehrheitssozialistische Partei ist ebenfalls grundsätzlich mit der Einrichtung eines nationalen Trauertages einverstanden, hat aber zurzeit noch einige Bedenken wegen des in Aussicht genommenen Tages. Die unabhängige und die kommunistische Partei lehnen einen nationalen Trauertag ab.

Mietervereinsversammlung.

Man schreibt uns: Der Mieterverein Calw hielt am Donnerstag Abend im großen Saal des „Babischen Hofes“ eine Mitgliederversammlung ab, in welcher Bericht über den wirtsch. Mietervereinstag in Ehlingen erstattet wurde. Auf demselben wurde insbesondere die Frage der Mietzins-, die Entlastung der Mieter durch Herausgabe von Darlehensschuldscheinen zum Wohnungsbau, das Reichsmietgesetz, die Baukostenzuschüsse, das Kontroll- und Mietbestimmungsrecht der Mieter, sowie der Ausbau der Miet-einigungsämter eingehend erörtert und beschlossen, an der Wohnungsrationierung unbedingt festzuhalten. Anzuerkennen ist, daß die Stadt Ehlingen, welche im Wohnungsneubau Hervorragendes leistet, an Baukostenzuschüssen für 2 Zimmerwohnungen 38 000 M., für 3 Zimmerwohnungen 42 000 M. und für 4-Zimmerwohnungen 45 000 M. gewährt. Ein Vergleich der hiesigen Mietpreise mit denjenigen anderer Städte ergab, daß die hiesigen Mietpreise für geringere und mittlere Wohnungen (also weltaus für die meisten hier in Frage kommenden) erheblich höhere sind. Nach dem bereits vorliegenden Reichsmietengesetz wird der Berechnung der gesetzlichen Miete die Friedensmiete (Juli 1914) zugrunde gelegt. Steigerungen dürfen nur insofern erfolgen, als sie durch erhöhte Betriebs- und Instandhaltungskosten tatsächlich entstanden sind. Diese Steigerungskosten wurden z. B. in Ludwigsburg (Ortsklasse B) bis zu 30% festgesetzt. In Calw sind die Calmer Mindestmietpreise (Ortsklasse D) ebenfalls nur vorübergehender Natur sein.

Hierauf wurde ein längerer Bericht über die seit herige Tätigkeit des Mietervereins erstattet. Wenn betont werde, daß für viele Hausbesitzer der Mietzins die einzige Einnahmequelle sei, so sei dem gegenüber zu stellen, daß es viele arme alte Mieter Witwen und dergleichen gäbe, welche ohne ihr Verbsuchen keine derartige Einnahmequelle haben und diese verdienen doch in erster Linie und gewiß von Hausbesitzern, die ohne ihr Zutun solche geworden sind. Berücksichtigung Grund- und Hausbesitz sei eine Kapitalanlage und nicht etwa ein Beruf oder Gewerbe. Erwähnt wurde, daß beim Reichsnotopfer auf das in den Häusern angelegte Kapital die größte Rücksicht genommen worden sei und daß dasselbe sich auch hier (bei den Mietpreisen) meist sehr gut verhalte, zumal weitaus die meisten Häuser vorerst noch zum Friedenspreis geschätzt sind. Den Vertretern des Vereins in der Einschätzungs-Kommission, sowie dem Mieteinigungsamt wird allgemeines Vertrauen entgegengebracht. In seinem Schlußwort trat der Berichterstatter noch energisch für ein gedeihliches Zusammenarbeiten mit dem Haus- und Grundbesitzerverein ein. Wenn nun einmal die beiden Vereine existieren, so sei es ihre Pflicht, in Ruhe, Verständnis und Besonnenheit nicht gegeneinander, sondern miteinander zum Wohle der Allgemeinheit zu arbeiten. Der in der Versammlung anwesende Herr Stadtvorstand erwähnte lobend

die bisherige verständliche und korrekte Haltung des Mietervereins. Zur unentgeltlichen Aufklärung der Mitglieder wurde eine Beratungsstelle mit 3 Beisitzern geschaffen, die alle 14 Tage (je Donnerstags) im Kaffeehaus, Abends von 6-9 Uhr, tagt, und zwar erstmals am Donnerstag, den 10. ds. Mts.

Erhöhte Zuteilung reiner Weizenmehls.

Das Direktorium des Reichsgetreidebestellses liefert seit dem 1. November v. Js. den Kommunalverbänden auf Antrag Kochnmehl (Haushaltsmehl), das in einer Menge von 600 g auf den Kopf monatlich neben der Brotkarte zur Verteilung gelangt. Auf Anordnung des Herrn Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft ist diese Menge mit Wirkung vom 16. Februar d. J. von 600 g auf 800 g erhöht worden. Der den Kommunalverbänden von der Reichsgetreidebestelle berechnete Kilogrammpreis beträgt zurzeit 7,50 Mk., entsprechend den günstigeren Einkaufs- und Devisenpreisen; dazu treten geringfügige Zuschläge für den Kleinhandel. Das Mehl ist 75% iges reines, aus amerikanischen Körnern im Inlande hergestelltes Weizenmehl, das zum Kochen und Baden sehr geeignet ist. Zahlreiche Hausfrauen machen von dieser Gelegenheit, vorzügliches, reines Weizenmehl für einen weit geringeren Preis zu erhalten als im Schleichhandel, keinen Gebrauch, weil sie glauben, daß dieses Mehl von der Beschaffenheit desjenigen Mehles sei, das früher als „Cerealienmehl“ verteilt wurde. Es ist wünschenswert, daß die Kommunalverbände die Haushaltungen durch die Verkaufsstellen oder auf andere Weise darauf aufmerksam machen, daß dieses Vorurteil in keiner Weise berechtigt ist.

Änderung des Gebäudebrandversicherungs-gesetzes.

Dem Landtag ist in den letzten Tagen ein Entwurf zur Änderung des Gebäudebrandversicherungs-gesetzes zugegangen, der eine Reihe von Neuerungen bringt. Um den Gebäude-eigentümern, deren Gebäude während des Kriegs durch Feuer beschädigt oder zerstört wurden, die Wiederherstellung trotz der Baupreissteigerung zu ermöglichen, ist der Verwaltungsrat der Gebäudebrandversicherungsanstalt ermächtigt worden, angemessene Zuschläge zu den Brandentschädigungssummen zu gewähren, wenn der Beschädigte nachweist, daß die Kosten der Wiederherstellung des Gebäudes oder der Zubehörenden, infolge der durch den Krieg veranlaßten Steigerung der Baupreise höher sind, als die Entschädigungssumme. Als jenes Gesetz erlassen wurde, konnte man erwarten, daß die Teuerung mit Beendigung des Kriegs oder kurze Zeit nachher wieder verschwinden werde. Das Gegenteil ist jedoch eingetreten. Die Teuerung hat sich sprunghaft verschärft und ist erst in der letzten Zeit bei einzelnen Baustoffen mäßig zurückgegangen. Den steigenden Preisen folgend, sind auch die Kriegszuschläge dauernd erhöht worden. Seit dem 1. Juli 1920 ist der Verwaltungsrat der Gebäudebrandversicherungsanstalt ermächtigt, Zuschläge bis zu 300% zu gewähren, so daß, abgesehen von der Erhöhung durch eine Kriegswertveränderung, der Gebäudeeigentümer heute als Entschädigung den vierfachen Betrag der Friedensversicherungssumme erhalten kann. Während bisher die Zuschläge nur auf dem Verordnungswege gewährt wurden, gibt das neue Gesetz einen gewissen Rechtsanspruch. Dadurch soll ermöglicht werden, daß die durch Feuer usw. geschädigten Gebäudeeigentümer ihre Gebäude wieder herstellen können. Der Gebäudeeigentümer ist ferner berechtigt, für die bei der Gebäudebrandversicherungsanstalt versicherten Gebäude, wenn er sich mit der ordentlichen Entschädigung und dem Zuschlag nicht ausreichend gedeckt glaubt, als Teuerungversicherung eine entsprechende weitere Erhöhung der Versicherungssumme nach 100 Sätzen zu verlangen. Der Versicherungsantrag neu einzuschickender Gebäude ist nach dem Entwurf bis auf weiteres auf Grund des mittleren Ortspreises vom 1. August 1914 zu ermitteln, weil hier noch feste Grundlagen vorhanden sind. Für die vor dem 1. Januar 1921 eingetretenen Brandfälle soll das Gesetz vom 9. August 1918 mit der Maßgabe gültig bleiben,

daß der Kriegszuschlag für die Gebäude, soweit sie vom 1. Januar 1921 an wieder aufgebaut werden auf das vielfache entsprechend dem Art. 1 Abs. 2 dieses Gesetzes festzusetzen ist. Ferner bestimmt ein Gesetz vom 4. August 1918, daß für Gebäudeschäden, die infolge von Wasserdampfexplosionen entstehen, Entschädigungen nicht gewährt werden. Das neue Gesetz hebt diese Bestimmung auf.

Einschränkung in der Benzollieferung.

Da die Wiederherstellungskommission auf die Lieferung von 105 000 Tonnen Benzol innerhalb von 3 Jahren an Frankreich besteht, sehen sich die amtlichen Stellen gezwungen, die bisherige Belieferung des Inlands mit Benzol ganz erheblich zu kürzen. Auch die lebenswichtigen Betriebe werden nur noch zum Teil mit Benzol versorgt werden können.

Bad Teinach, 6. Febr. Man schreibt uns: Im Gasthof zum „Hirsch“ fand heute unter dem Vorsitz von Gemeindevater Bau die Vorwahlung der Kandidaten für die hiesige Schultheisenschaft statt. Gemeldet haben sich 3 Kandidaten: 1. Meyle, seitl. Schultheisenamtsverweser, 2. Weber, Schultheis a. D., früher in Gisingen und Reichenbach-Gils, 3. Karl Schöber, Oberfeldwebel in Ulm. Durch das Los bestimmt, stellte sich zuerst Kandidat Weber, welcher das Notariats- und Verwaltungsexamen bestanden hat, in längeren Ausführungen den Wählern vor. Kandidat Meyle, welcher durch das Los als zweiter bestimmt war, ließ von dem Vorsitzenden erklären, daß er bei der Einwohnerschaft durch seine seitherige Tätigkeit genügend bekannt sei und deshalb auf die Entwidmung seines Programms verzichte. Hierauf stellte sich auch Kandidat Schöber vor. Der Wahl, welche am nächsten Sonntag stattfindet, dürfte ein sehr reger Wahlkampf vorausgehen, der sich in der Hauptsache um die Kandidaten Meyle und Weber drehen dürfte, wovon der eine durch seine Amtsverweserei den Wählern bekannt ist. Weber hat durch seine ruhigen, sachlichen, auf 20-jähriger Erfahrung als Ortsvorsteher beruhenden Ausführungen auf die Wähler einen sehr günstigen Eindruck gemacht. Möge die Wahl zum Wohle unseres Badeortes ausfallen und der Wahlkampf so geführt werden, daß ein späteres geistliches Zusammenarbeiten darunter nicht leidet.

(S. 2.) Ulm, 6. Febr. Ueber 500 000 Ellen Flanell im Werte von 11 Millionen Mark und außerdem einige Hundert Tonnen Kleidungs-material, zusammen einen Wert von über 20 Millionen Mark darstellend, sind jüngst vom amerikanischen roten Kreuz durch Vermittlung der Quäker nach Deutschland geschickt worden. Auch erhält davon eine Kiste Flanell zugeteilt.

Lustige Ecke.

Kino-Aufnahme. „Ja, zum Donnerwetter, Fräulein Krause, der Brief kommt doch von Ihrem Geliebten, den müssen Sie jätlich und schmelzend ansehen, aber nicht so hundschmauzig, als wär's eine Rechnung von Ihrer Modistin, die Sie doch nicht bezahlen.“

Vor der Schaubude. „Treten Sie ein, meine Herrschaften, hier sehen Sie Elvira-Kunigunde, das Hundertweib mit den zwei Köpfen. Infolge ihrer Konstitution sind sie nur vier Jahre in die Schule statt acht, dafür mußte sie aber zweimal konfirmiert werden. Sie hat rechts konservativ, links kommunistisch gewählt. Außerdem ist sie noch ledig und eine gute Partie, da sie doppelte Brotkarten bekommt.“

Der Grund. „Wir haben gehört, Sie haben sich verlobt. Sehr gute Partie, Schwiegervater mit kolossalem Aktienbesitz. Da dürfen wir Ihnen doch herzlich gratulieren.“ — „Danke, habe die Verlobung wieder rückgängig gemacht, weil die Aktien gestern sehr stark gefallen sind.“

Vom Karneval. „Eine wahre Herzensfreude, mal wieder einen richtigen Karnevalszug zu sehen. Es ist zu traurig, wenn die Welt nur verriiht ist und gar nicht mehr maskiert dazu!“

Für die Schriftleitung verantw.: Otto Selmann, Calw. Druck und Verlaa der W. Bilschläger'schen Buchdruckerei Calw.

Isabella von Aegypten

Kaiser Karl des Fünften erste Jugendliebe.

Historische Erzählung von A. H. M. v. Arnim.
„Oh,“ sprach Braka, „die Pest habe ich oft schon kuriert, ich lege ein Kraut in lauwarmes Wasser und davon trinkst du alle fünf Minuten eine Tasse, so wird alles glücklich vorübergehen.“ — „Schnell, schnell,“ sprach er und versank in einen dumpfen Schlaf, währenddessen ihn der Bärnhäuter auszog und auf das Sofa legte, mit Decken wohl verhüllt. Braka flüchte ihm von Zeit zu Zeit eine Tasse heißes Fenchelwasser ein, wie die kleinen Kinder zu bekommen pfliegen. Entsetzliche Abstellungen erweckten ihn, endlich erleichterte sich die Natur von dem Aberrusse des Weines, womit die Ehre des Zutrinkens sie überfüllt hatte; schluchzend und stöhnend sprach er: „Wo mag der Doktor jetzt sein, den ich im anderen Hause sah, wäre nur der Mann nur zu finden, er könnte mir wohl noch helfen, ich habe so ein Vertrauen zu ihm, da er mir die Krankheit gleich angesehen; macht doch die Türe auf,“ fuhr er fort, „es wird hier so heiß.“ — „Die Türe ist verschlossen,“ sagte Braka, „der Erzherzog ist bet eingezogen.“ — „Der Erzherzog!“ bei diesen Worten sprang der Kleine, wie er war, aus dem Bette, konnte sich aber taumelnd nicht halten, sondern sank in das Waschbecken — „der Erzherzog ist hier, und ich kann ihn nicht um meine Hauptmannsstelle ansprechen, ich verfluche mein ganzes Glück, wenn ich sterbe.“ — Der Bärnhäuter rollte ihn wieder ins Bette, aber der Kleine weinte bitterlich und jammerte nach dem Arzte, den er unterwegs gesehen. Braka entschloß sich endlich, indem sie ihm versprach, alle Sorgfalt anzuwenden, den Mann zu entdecken, zu Frau Metten zu gehen, durch diese den Prinzen noch einmal als Arzt kommen zu lassen. Der Erzherzog aber zog sein Messer

gegen diese Frau und befahl ihr mit drohender Stimme, ihm zu sagen, was sie von den Fremden wüßte, die vielleicht von einem Feinde seines Hauses zu seinem Verderben gesendet wären. Frau Metten ließ ohne Rücksicht alle Geheimnisse von sich gehen; sie sagte, daß Braka eine alte Zigeunerin sei, die sie lange gekannt, daß diese in einer Nacht mit der schönen Bella und dem Kleinen zu ihr gekommen und sich nach Sent habe fahren lassen, wo sie bekanntlich viel Geld ausgegeben. Ihr Kind sei Bella gewiß nicht, dafür wolle sie stehen, ob aber das Mädchen aus einem hohen Hause, das sie nicht einsehen, doch sei es so ihre Philosophie. Geraubt sei das Mädchen aber nicht, denn sie habe mit der Alten zugleich befehrend und doch mit Liebe gesprochen, unter sich in einer fremden Sprache, die sie für französisch gehalten. — Dies verwandelte die ganze Ansicht des Prinzen, erst glaubte er sich in der Falle einer Duplerin, jetzt meinte er ernstlich, daß es die französische Prinzessin sein könnte, deren Heirat mit ihm von dem französischen Hofe gegen den Willen seines Großvaters betrieben wurde. Es ist bekannt, daß sein späteres politisches Talent in seinen früheren Jahren, die sich ganz zur körperlichen Ausbildung hinneigten, wenig durchschien, er hielt so manches für möglich, was ein anderer bezweifelt hätte, und Genrio war eben mit Adrian zu beschäftigt, um ihm zu raten, er nahm also die Bitte, als Arzt wieder zu erscheinen, mit einer gewissen Scheufurcht an, welche die zitternde Frau Metten sehr übertratschte.

Er machte sich jetzt durch einige Züge mit Kohle in den Augenbrauen und vor der Stirn unentzücklich und ließ sich in das Krankenzimmer führen. Der Kleine war entzückt, ihn zu hören; der Erzherzog befragte ihn sehr ernstlich nach allen Kennzeichen. Der Kleine erzählte von dem wüsten Kopfschmerz, von der Abgilit, vom Aufstoßen, von der gänzlichen Dunkelheit

seiner Augen, und wie er über sein ganzes Gesicht einen Ausschlag spüre (seine Augen im Nacken hervorzubringen, schämte er sich vor den Leuten, auch hatte er sich ihrer in der guten Gesellschaft längst entwohnt); endlich sagte er, daß er sein ganzes Glück versäume, wenn er nicht bald hergestellt wäre, weil der Erzherzog im Nebenzimmer seinetwegen angekommen sei und die Stellen im neuen Fähnlein wahrscheinlich in diesen Tagen vergeblich: — „Ach, lieber Herr Doktor,“ rief er in seiner miltärischen Begeisterung, „wenn ich so wegstürbe, hätte mich die Welt nie in dem Glanze und der Herrlichkeit gekannt, wozu meine Abstammung und mein Mut mich berechtigen; oft kommt es mir vor, als wenn böse Zauberer der wahren Verwandlung meines Lebens entgegenstrebten.“ — Der Erzherzog hörte ihn geduldig an und konnte sich das alles wiederum nicht mit der fremden Prinzessin reimen, es sei denn, daß er ein von der alten Fee verzauberter Prinz sei, wie damals die Geschichten in spanischen Romanen häufig umflesien. Dieser Gedanke, zusammengehalten mit der Erscheinung im Landhause, setzte ihn in ein gewisses Staunen, was ihn leicht hätte verraten können, wenn der Kleine nicht allzu berauscht gewesen wäre und seine ahnenden Augen hätte brauchen dürfen. Endlich sagte doch der Erzherzog einen Entschluß, sagte ihm, das Mittel der gnädigen Frau sei wohl erdacht, er müsse sich jetzt ganz mit Decken überspannen und einwickeln lassen, um in einer recht gewaltigen Dämpfung den Kern des Übels auszutreiben. Vergebens fleuchte der Kleine, er erschreckte vor sich selbst, als wenn er einen glühenden Ofen anfasse; Braka warf ihm mit bereiteter Zunge eine Decke nach der andern über, band sie zusammen und entfernte sich mit dem treuen Bärnhäuter unter dem Vorwande, als ob sie dem Kleinen etwas zu seiner Erfrischung schaffen wolle.

(Fortsetzung folgt.)

Städtische Lebensmittel-Versorgung.

Vom Dienstag, 8. Febr. ab kann gekauft werden auf Kranken-Lebensmittelkarte Nr. 48 Gries 1 Anteil 250 Gr. zu Mk. 1.90 das Pfd., Nr. 47 u. 49 Rindergerstenmehl oder Gerstenmehl 1 Anteil 1/2 Kg. Pak. zu Mk. 2.40 bezw. Mk. 1.20, Nr. 50 Weizen 1 Anteil 3 Pak. à Mk. 1.80, Nr. 51 Teigwaren 1 Anteil 150 Gr. zu Mk. 7.50 das Pfd., Nr. 52 Ralk-Eier 1 Anteil 1 Stück zu 85 Pfg. das Stück.

Religiöser öffentl. Vortrag

morgen **Dienstag**, den 8. Februar
abends 8 Uhr im **Raffeehaus**, Postgasse

Thema:
„Licht in dunkler Zeit.“

Prediger Gemeinhardt aus Freudenstadt.
Eintritt frei. Sehermann ist herzlich eingeladen

Calw, den 7. Februar 1921.

Todes-Anzeige.

So! dem Allmächtigen hat es gefallen, nun auch unsere liebe einzige treubeforgte Mutter, Schwägerin und Tante

Ernstine Neuffer
Portiers-Witwe,
nach langem schwerem Leiden zu sich in die ewige Heimat abzurufen.

In tiefer Trauer:
die Kinder: **Carl und Frieda**,
die Nichte: **Pauline Späth**.

Beerdigung Dienstag Nachmittag 2 Uhr vom Krankenhaus aus.

Calw, den 3. Februar 1921.

Herzlichen Dank

Sagen wir allen, die unserer lieben Schwester, Schwägerin und Tante während ihres Leidens und bei ihrem Hinscheiden freundlich gedacht haben.

Namens der Hinterbliebenen:
Friedrich Koller.

Die Anfertigung v. Säffern und Holz-Bottichen haben zu vergeben

Auler & Kropp A. G. Neubulach.
Hersteller wollen Näheres erfragen.

Fahrnis-Versteigerung.

Wegen Wegzug verkaufe ich am Dienstag, den 8. Februar, vorm. 9 Uhr, im Hause Rönneungasse 134, gegenüber dem Volkskaffee, gegen Barzahlung:

1 pol. u. 1 lack. Kleiderkasten, 2 pol. Bettladen mit Kofte, 1 Sofa, 1 Tisch, Sessel und Stühle, 1 Küchenkasten, 1 lack. Kommode, 1 Nachttischle, 1 Fäße, 65 Ltr., etwas Küchengefähr.

Liebhaber sind eingeladen.
Stadtinventarier Kolb.

Eichene Bohn- und Schlafzimmer sowie einzelne Möbel hat preiswert zu verkaufen

Fr. Mittschele, Gchingen.
Fernsprecher Nr. 5.

Schluß der Anzeigenannahme 8 Uhr

Turn-Verein Calw.
Heute Montag, den 7. d. Mt., abends von 8 Uhr ab im „Bad Hof“

Generalversammlung

mit Statutenmäßiger Tagesordnung.
Wir laden hiezu sämtliche Mitglieder freundlich ein.
Der Turnrat.

Pfannkuch & Co.

Cordenserie

Milch

gezuckert
Dose 11.—
Mark

ungezuckert:
Dose 9.—
Mark

Dänische Sahne
Flasche 6.50
Mark
einschließlich Frische

Pfannkuch & Co.

Webgarne
empfehlen
Heinrich Kühle, Garnhandlung.

Zucker-Melasse
ist eingetroffen und empfiehlt
Otto Jung.

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.

Bruchkranke
können ohne Operation und Verunsicherung geheilt werden. Sprechstunde in Pforzheim Bahnhof Pforzheim am 11. Febr. von 9-1 Uhr.

Dr. med. Knopf,
Spezialarzt für Bruchleiden.

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.

Delmehl, (Lein- und Rohos), Mais, Maismehl, Maissuttermehl, Geflügel- und Schweinefutter
empfehlen
Otto Jung.

Mädchen
das gut kochen kann sowie ein **Rinderfräulein.**
Näheres in der Geschäftsstelle des Blattes und auf dem Arbeitsamt.

Wandkalender
mit Verzeichnis der Märkte des Bezirks und der Nachbarbezirke sind auf der Geschäftsstelle dieses Blattes das Stück zu 60 Pfg. erhältlich.

Oberreichenbach. Eisenstarken Zug-Dachsen
hat zu verkaufen.
Joh. Georg Luz.

Zweie find's:
nämlich der Gehalt an Salmiak und Terpentin, durch welche
Dr. Gontner's Salmiak-Terpentin-Seifenpulver

Goldperle
andern Seifenpulvern an Waschkraft überlegen ist und dabei die Wäsche nicht angreift
Zum Spülen nehme man schäumen/te
Rotstern Bleichsoda.

Pfannkuch & Co.

Marmelade

offen
Pfund 4.50
Mark

1 Pfund Glas
Mark 4.75

Helvetia-Confituren
offen und in Gläsern

Pfannkuch & Co.
G. m. b. H.

Prima, weißes Haferbackmehl
(entbittert) eingetroffen und empfiehlt
Mehlhandlung Luz.

Deckeris,
gebündelt kauft zu höchsten Preisen m. Lieferzeit bis 15. April.

Er. Geigle, Nagold,
Würtbg. Telefon 24.

Suche auf 1. März fleißiges Mädchen, das womöglich schon gedient hat.
Karl Eendle, Witwe, Bilsdorf, Nr. 454.

Schweine-salmalz
Pfund 14.—
Mark

Speisefett
Pfund 12.50
Mark

Pflanzenfett
in Tafeln
Pfund 14.—
Mark

Margarine
Pfund 12.—
Mark

Buckmehl
für Fastnachtsküche
Pfund 3.25
Mark

Pfannkuch & Co.
Telefon 45.

Ruh
setzt dem Verkauf aus
Johs. Koller, Bauer.

Bervielfältigungen nach neuestem Verfahren, Maschinendiktate, Abschriften aller Art, Schreibbüro Damsen, Stuttgart 18, Leonhardsplatz 10. Fernruf 11 276. Geschäftszeit ununterbrochen von 8-6 Uhr.

Statt jeder besonderen Einladung.

Wir beehren uns, Verwandte, Freunde und Bekannte zu unserer am Donnerstag, den 10. Februar, stattfindenden

kirchlichen Trauung

freundlichst einzuladen.

Jakob Reuttsler,
Sohn des Jakob Reuttsler, Landwirt, Marzbad.

Marie Neuweiler,
Tochter des Jakob Neuweiler, Landwirt, Jöklen.

Kirchgang 12 Uhr in Liebenzell.

Dienstag, 15. Februar, 7^{1/2} Uhr, Bad Hof-Saal.
in Calw

Einmaliger Otto Keller-Abend

Erstes u. Heiteres aus eigenen Werken.
Die Presse schreibt: „Ein schwäbischer Dichter der das Herz auf dem rechten Fleck hat.“
Karten zu 4.40, 2.20, 1.10 in der Buchhandlung Ernst Kirchherr, Badstrasse.

Württemberg. Feuerversicherung a. G.

Bei den Schadensregulierungen muss täglich die Erfahrung gemacht werden, daß wegen unzureichender Versicherung fast immer nur ein Teil des Schadens ersetzt werden kann. Es ist dringend nötig, daß jeder Versicherte, ungenügender seinen Antrag prüft und dabei berücksichtigt, daß die heutigen Preise beim häuslichen Mobiliar mindestens das zehnfache betragen gegen früher. Besonders wird darauf aufmerksam gemacht, daß im Schadensfall nur die zur Versicherung gebrachten Werte zugrunde gelegt werden können. Zu weiteren Auskünften ist gerne bereit, der

Bezirksagen. Emil Georgij, Calw.

A. OELSCHLÄGER'SCHE BUCHDRUCKEREI CALW

Anfertigung von Zeitschriften, Werken, Prospekten, Katalogen usw.

Zu verkaufen zwei gute, haltbare, ältere

Bettladen,
darunter eine Gitterbettlade 1/2 Größe, eine

Sigbank
mit Deckel, sowie ein

Esabrett
Zwinger 303.

Oberkollbach.
Eine junge, schwere

Rälber-

Ruh
setzt dem Verkauf aus
Johs. Koller, Bauer.

Bervielfältigungen nach neuestem Verfahren, Maschinendiktate, Abschriften aller Art, Schreibbüro Damsen, Stuttgart 18, Leonhardsplatz 10. Fernruf 11 276. Geschäftszeit ununterbrochen von 8-6 Uhr.

Der Widerhall Die Protestanten
Berlin, 7. Febr. Bei Telegrammen von Parteien Handel eingegangen in den gewiesenen, die namentlich Annahme der Pariser Verträge geboten, fest auf dem Dr. Simons im Reichstage Leipzig, 8. Febr. Der jenen demokratischen Partei morgen zu einer Kundgebung nach einem Vortrag des folgenden Entschliebung ein uns einverstanden mit dem und der Reichstag gegen vollen Pariser Forderung unbedingtem festgehalten in der jetzigen Reichsregierung Schwere und Bitterkeit zu and die Ehre unseres Vater München, 7. Febr. Die tene Versammlung von 30 aufnahmister Dr. Simons sammelten Deutschen aller stülte Ablehnung der Schikaren: Nein, niemals! Wachen, der es wagen sollte Selbstmord, den die Unternehmung bedeutet. Die schreibbaren materiellen W sein Hültern des Lebens u München, 7. Febr. A wohnerschaft besuchte Pr folgende Entschliebung a uns die Schuld am Weltkrieg ist eine falsche Wir sind bereit, die Folge zur Grenze des Möglichen Millionenvolk, das für R leistet hat, unser Recht der europäischen Kultur. der Entente, insbesondere da sie Unmögliches von Hand an uns und unsere tette hinaus in alle Welt menschliche Pariser Dikt abzulehnen.

Die Einladung
Paris, 7. Febr. Hav det, daß die Allierten ei Regierung ergehen lassen gierung ersuchen, Vertre senden, auf der die Re Der Zeitpunkt für die A festgelegt.

Noch ke über die Stellung
Berlin, 8. Febr. Der in der gestrigen Sitzung über die in London einzu folgte, da zunächst die E abgewartet werden soll.

Frank über die Em
Paris, 8. Febr. Der hsten Agitation (1), die offizielle Weigerung der rat hinsichtlich des Parik stärken. Das Blatt sprid das die Zentrale der d bayerische Regierung wo noch in der Reparationsf Berechtigung, wenn Deut lo stärker sein, um die G gefichts der allgemeinen ziere der Kontrollkomm würden, wenn die Regier nicht geneigt. Dann mü renz von London statifi Die alliiert. Regierungen

Nr. 31.

Ergebnisse: 60
Reklamen 2.— Mt. — Auf 6